



Bericht der Herbstsession 2026

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Herbstsession 2026 stand für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation im Zeichen der Beratung des Vertragspakets Schweiz-EU (Bilaterale III). Die Entscheide des Ständerates zum EU-Programmabkommen, zum Verpflichtungskredit für die Assoziierung an Erasmus+ und zur Gleichbehandlung von Studierenden aus der Schweiz und der EU bei den Studiengebühren bieten eine solide Grundlage für die nun anstehende Behandlung des Pakets im Nationalrat. Die grosse Kammer wird sich nach der Beratung in den Kommissionen unter der Federführung der Aussenpolitischen Kommission voraussichtlich in der diesjährigen Wintersession mit den Bilateralen III befassen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Der Ständerat genehmigt die Bilateralen III

In der dritten Sessionswoche setzte sich der Ständerat in einer viertägigen Debatte vertieft mit dem Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU (Bilaterale III)» ([26.023](#)) auseinander und nahm dieses mit 31 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung an. Das Vertragspaket beinhaltet Abkommen und Regelungen, die den Bereich Bildung, Forschung und Innovation direkt betreffen.

Im Zusammenhang mit der **Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen** hat der Ständerat das am 10. November 2025 von Bundesrat und EU-Kommission unterzeichnete und bereits seit dem 1. Januar 2025 retroaktiv angewendete EU-Programmabkommen (EUPA) stillschweigend angenommen. Das Abkommen ermöglicht die Assoziierung der Schweiz am Programm für Forschung und Innovation Horizon Europe (seit 2025), an Euratom und der Forschungsinfrastruktur ITER (seit 2026), an Digital Europe, am Bildungsprogramm Erasmus+ (ab 2027) sowie am

Gesundheitsprogramm EU4Health (mit dem Inkrafttreten des Gesundheitsabkommens im Rahmen der Bilateralen III).

Für die Teilnahme von Schweizer Akteuren an den Ausschreibungen des **EU-Programms zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport (Erasmus+)** unterbreitete der Bundesrat dem Parlament einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 192,6 Millionen Franken (Bundesbeschluss 9). Diesen genehmigte der Ständerat mit 23 zu 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Die Teilnahme ist auf das Jahr 2027 begrenzt, da dieses das letzte Jahr der aktuellen Programmgeneration ist. Für die kommende Programmgeneration (2028-2034) müssen die Modalitäten für eine erneute Assoziierung noch festgelegt werden.

Im Rahmen der Beratung des Stabilisierungsteils der Bilateralen III (Bundesbeschluss 1) behandelte die kleine Kammer das im Artikel 7b des Änderungsprotokolls zum Freizügigkeitsabkommen (FZA) verankerte Prinzip der **Gleichbehandlung von Studierenden aus EU-Staaten und der Schweiz bei der Erhebung von Studiengebühren**. Mit 24 zu 20 Stimmen folgte der Ständerat einer Minderheit seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) und nahm eine entsprechende Änderung des ETH-Gesetzes an. Dieselbe Minderheit enthielt eine Bestimmung, wonach die Studiengebühren für Studierende aus Drittstaaten mindestens das Dreifache der Gebühren für Studierende aus der Schweiz und der EU betragen müssen.

Darüber hinaus nahm der Ständerat stillschweigend eine Änderung von Artikel 16a des ETH-Gesetzes an, wonach die Studienzulassung für Personen mit ausländischem Vorbildungsausweis nebst aus Kapazitätsgründen auch aus Qualitätsgründen oder finanziellen Gründen beschränkt werden kann.

Durch die neue Regelung zu den Studiengebühren müssten kürzlich festgelegte Gebührenerhöhungen für ausländische Studierende im ETH-Bereich und an mehreren kantonalen Hochschulen rückgängig gemacht werden. Im Hinblick auf damit verbundene finanzielle Einbussen nahm die kleine Kammer mit 26 zu 16 Stimmen eine Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) an, wonach der Bund die entstehenden Mindereinnahmen der betroffenen Kantone und ihrer Hochschulen während vier Jahren vollumfänglich übernimmt.

Das Geschäft geht nun an den Nationalrat, wo die Aussenpolitische Kommission (APK-N) die federführende Rolle übernimmt.

[Protokoll des Ständerates vom 28. September 2026 »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 29. September 2026 »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 30. September 2026 \(Teil 1\) »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 30. September 2026 \(Teil 2\) »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 30. September 2026 \(Teil 3\) »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 30. September 2026 \(Teil 4\) »](#)

[Protokoll des Ständerates vom 1. Oktober 2026 »](#)

Nationalrat stimmt Raumfahrtgesetz mit Ergänzungen zu

Der Nationalrat hat das vom Bundesrat neu ausgearbeitete Raumfahrtgesetz ([26.032](#)) beraten und mit 191 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat will mit dem Gesetz erreichen, dass jede Raumfahrtaktivität bewilligt und beaufsichtigt wird sowie internationalen Standards entspricht. Zudem soll das neue Gesetz Haftungsfragen regeln und als Grundlage für ein nationales Register für Weltraumgegenstände dienen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) hatte im Rahmen ihrer Vorberatung Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Verbände und der Privatwirtschaft angehört und in der Gesetzesvorlage Anpassungen vorgenommen. Der Nationalrat folgte den Mehrheitsanträgen der WBK-N und stimmte den Ergänzungen des Gesetzes zu. So entschied die grosse Kammer, dass das Gesetz nicht nur für private Unternehmen der Raumfahrt international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen solle, sondern auch für Forschungsorgane und weitere Akteure der Raumfahrt. Weiter entschied der Nationalrat, dass der Bundesrat für Weltraumaktivitäten Mindestanforderungen festlegen kann, um nationale öffentliche Interessen zu wahren; das betrifft insbesondere Sicherheitsinteressen wie die Cybersicherheit und den Erhalt der Resilienz. Das Geschäft geht an die zuständige Kommission des Ständerates.

Protokoll des Nationalrates vom 24. September 2026 »

Nationalrat beschliesst Innovationsprogramm im Verteidigungsbereich

Der Nationalrat hat die Motion «Förderung der Innovation im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch Armasuisse» ([25.4639](#)) mit 133 zu 63 Stimmen angenommen. Damit ist er dem Ständerat gefolgt, der den Vorstoss in der Frühjahrssession 2026 gutgeheissen hatte. Mit der Motion wird der Bundesrat mit der Errichtung eines Bundesprogramms zur Förderung der Innovation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich unter der Federführung des Bundesamtes für Rüstung armasuisse beauftragt. Im Rahmen dieses Programms sollen die Forschung, die Wirtschaft und die Bundesverwaltung näher zusammengebracht werden. Mit einer «high risk/high reward»-Strategie sollen technologische Durchbrüche erzielt werden. Im Weiteren soll das Programm unmittelbar anwendbare, wettbewerbs- und marktfähige, skalierbare Produkte und Dienstleistungen generieren. Die Finanzierung soll über das reguläre Armee-Budget erfolgen. Das Geschäft geht an den Bundesrat.

Protokoll des Nationalrates vom 15. September 2026 »

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND



...im Ständerat stillschweigend eine Fristverlängerung für die Standesinitiative des Kantons St. Gallen «Mit der Berufsmatura prüfungsfrei an die pädagogischen Hochschulen. Eine Antwort auf den Lehrpersonenmangel» ([23.304](#)) bis zum 14. November 2028 beschloss. Damit will die zuständige Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) laufende Arbeiten auf kantonaler Ebene abwarten. Die Standesinitiative fordert die Schaffung rechtlicher Grundlagen, um Inhaberinnen und Inhabern einer Berufsmaturität einen prüfungsfreien Zugang zu den pädagogischen Hochschulen zwecks Ausbildung als Kindergarten- und Primarlehrperson zu ermöglichen.



...im Nationalrat die Motion «Schaffung von Anreizen für die Durchführung von klinischen Studien in der Schweiz und Gebührenerlass für nicht kommerzielle klinische Studien» ([26.3007](#)) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) in abgeänderter Fassung mit 110 zu 85 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Die grosse Kammer folgte einem Änderungsantrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N), der Bestimmungen zum Unterlagenschutz aus der Vorlage streicht. Mit der Motion soll der Bundesrat mit Gesetzesanpassungen zur Förderung der Durchführung von klinischen Studien in der Schweiz beauftragt werden. Das Geschäft geht zurück an die zuständige Kommission des Ständerates.



...im Ständerat die Motion «Einfrieren statt kürzen» ([26.3726](#)) aufgrund eines Ordnungsantrags stillschweigend der Finanzkommission des Ständerates (FK-S) zur Vorprüfung zugewiesen. Mit dem Vorstoss soll der Bundesrat mit der Erarbeitung einer Gesetzesvorlage für eine Plafonierung der Bundesausgaben auf Basis des Budgets 2027 beauftragt werden.



...im Nationalrat die Motion «Zugang zu klinischen Studien verbessern zugunsten von Patientinnen und Patienten» ([26.3510](#)) stillschweigend angenommen. Diese beauftragt den Bundesrat mit der Ergreifung von Massnahmen, um die Rekrutierung von Patientinnen und Patienten für klinische Studien in der Schweiz wirksam und nachhaltig zu verbessern. Dazu sollen die Bekanntheit und die Benutzerfreundlichkeit der Informationsplattform zur Humanforschung in der Schweiz «HumRes» verbessert und die Nutzung von Gesundheitsdaten für die klinische Forschung vorangetrieben werden. Das Geschäft geht an den Bundesrat.



...im Nationalrat die Motion «Ein einheitliches Einreichportal für Humanforschungsprojekte» ([26.3511](#)) stillschweigend abgelehnt. Mit dem Vorstoss sollte der Bundesrat im Rahmen der laufenden Revision des Humanforschungsgesetzes mit der Einführung eines Einreichportals für Humanforschungsprojekte beauftragt werden. Das Portal hätte den Einreiche- und Bewilligungsprozess vereinfachen sollen. Das Geschäft ist somit erledigt.



...im Ständerat die Motion «Gleich lange Spiesse im Bildungsmarkt. Wettbewerbsschutz im EHB-Gesetz analog zum ETH-Gesetz verankern» ([26.3734](#)) mit 31 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat mit der Erarbeitung einer Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) beauftragt. Dabei soll sich dieser an den Vorgaben im ETH-Gesetz zum Wettbewerbsschutz orientieren. Das Geschäft geht in die zuständige Kommission des Nationalrates.



...im Ständerat der Standesinitiative «Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden» ([25.403](#)) des Kantons Tessin stillschweigend keine Folge gegeben. Die Vorlage verlangte eine Anpassung der Verordnungen über die Berufsbildung, so dass zur Erlangung des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) eine Zweitsprache erlernt werden muss. Das Geschäft ist erledigt.

STELLUNGNAHMEN DES BUNDESRATES ZU VORSTÖSSEN



Agroscope zwischen Sparpolitik und nachhaltiger Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft. Wie sollen die Ziele bis 2050 erreicht werden?

Interpellation (26.3901) von Ständerätin Maya Graf (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 darauf geantwortet.



Stellenabbau bei Agroscope. Welche Folgen für die Lebensmittelsicherheit und die Agrarforschung?

Interpellation (26.4010) von Nationalrat Benoît Gaillard (SP).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 darauf geantwortet.



Barrieren abbauen. Zeitgemässe Bildung ermöglichen.

Motion (26.3899) von Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 die Annahme der Motion beantragt.



Erleichterter Arbeitsmarktzugang für Hochschulabgängerinnen und -abgänger aus Drittstaaten.

Motion (26.3963) von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Faire Lastenverteilung bei der Finanzierung der Universitäten.

Interpellation (26.3949) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 darauf geantwortet.



Entlastung der Trägerkantone bei der Finanzierung der Universitäten.

Interpellation (26.3936) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 darauf geantwortet.



Lehre vor Studium. Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung für alle tertiären Bildungseinrichtungen.

Parlamentarische Initiative (26.435) von Nationalrat Andreas Glarner (SVP).
Die parlamentarische Initiative wurde an die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates zugewiesen.



Schweizer Wissenschaftsverlage in Gefahr.

Interpellation (26.3746) von Ständerätin Isabelle Chassot (Mitte).
Der Bundesrat hat am 9. September 2026 darauf geantwortet.



Gleich lange Spiesse im Bildungsmarkt. Wettbewerbsschutz im EHB-Gesetz analog zum ETH-Gesetz verankern.

Interpellation (26.3734) von Ständerat Severin Brüngger (FDP).
Der Bundesrat hat am 2. September 2026 darauf geantwortet.



Verbesserungspotential bei der Innovationsförderung gemäss Klimaschutzgesetz.

Interpellation (26.3723) von Ständerat Jakob Stark (SVP).
Der Bundesrat hat am 19. August 2026 darauf geantwortet.



Mehr Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz ausbilden.

Motion (26.3797) der Grünliberalen Fraktion (GL).

Der Bundesrat hat am 26. August 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Für eine Teilassoziierung an den Europäischen Wettbewerbsfonds, die für die Sicherheitspolitik der Schweiz entscheidend ist.

Motion (26.3795) von Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier (Mitte).

Der Bundesrat hat am 9. September 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Soziale Herkunft und Chancengerechtigkeit. Handlungsbedarf zur Verringerung von Bildungsungleichheiten.

Interpellation (26.3786) von Nationalrätin Miriam Locher (SP).

Der Bundesrat hat am 2. September 2026 darauf geantwortet.



Rüstungsforschung durch den ETH-Bereich.

Interpellation (26.3773) von Nationalrat Fabian Molina (SP).

Der Bundesrat hat am 12. August 2026 darauf geantwortet.



Lehr- und Studienabgängerinnen und -abgänger sollen rasch und dauerhaft durch die öffentliche Arbeitsvermittlung vermittelt werden.

Motion (26.3672) von Nationalrat Giorgio Fonio (Mitte).

Der Bundesrat hat am 2. September 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Cybersicherheit und digitale Souveränität. Eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie in der Schweiz.

Motion (26.3628) von Ständerat Charles Juillard (Mitte).

Der Bundesrat hat am 26. August 2026 die Annahme (teilweise) der Motion beantragt.



Zukunft der Polarforschung in der Schweiz.

Interpellation (26.3610) von Nationalrat Christophe Clivaz (Grüne).

Der Bundesrat hat am 2. September 2026 darauf geantwortet.



Hat der Verzicht auf Copernicus wirklich Einsparungen zur Folge?

Interpellation (26.3595) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).
Der Bundesrat hat am 19. August 2026 darauf geantwortet.



Berücksichtigung der transversalen Themen in den Hochschulen.

Interpellation (26.3560) von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. August 2026 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Stärkung der Eidgenössischen Militäarakademie an der ETH Zürich (MILAK).

Interpellation (26.4548) von Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte).
Eingereicht am 2. Oktober 2026.



Die Hausarztmedizin umfassend fördern.

Interpellation (26.4543) von Ständerat Severin Brüngger (FDP).
Eingereicht am 2. Oktober 2026.



Unabhängige Forschung in Bankkundenarchiven ermöglichen.

Postulat (26.4424) von Nationalrätin Nadine Masshardt (SP).
Eingereicht am 1. Oktober 2026.



Forschungs- und Werkflugbetrieb in Dübendorf im nationalen Interesse sichern.

Interpellation (26.4415) von Nationalrat Bruno Walliser (SVP).
Eingereicht am 1. Oktober 2026.



Gesundheitsberufe attraktiver machen. Eine Zehnjahresstrategie für die Arbeitswelt im Gesundheitswesen.

Postulat (26.4408) von Nationalrat Christian Lohr (Mitte).
Eingereicht am 1. Oktober 2026.



Neue genomische Techniken: Jetzt nicht den Anschluss verlieren!

Interpellation (26.4396) von Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP).

Eingereicht am 1. Oktober 2026.



Zugang von Schweizer Unternehmen zur nationalen KI-Recheninfrastruktur.

Postulat (26.4437) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).

Eingereicht am 1. Oktober 2026.



Innovation und Weiterbildung im Energieversorgungs- und Stromnetz-Bereich.

Interpellation (26.4360) von Nationalrat Jürg Grossen (GLP).

Eingereicht am 30. September 2026.



Eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen. Stagnation stoppen, Karrierewege der Berufsbildung sichern.

Interpellation (26.4334) von Nationalrätin Regina Durrer-Knobel (Mitte).

Eingereicht am 30. September 2026.



Internationale Regeln für schwere KI-Risiken.

Motion (26.4328) von Nationalrätin Linda De Ventura (SP).

Eingereicht am 29. September 2026.



Beteiligung der Schweiz an europäischen KI- und Drohnenprogrammen.

Interpellation (26.4325) von Nationalrat Matthias Samuel Jauslin (GLP).

Eingereicht am 29. September 2026.



Bildungsbericht 2026: Wo besteht konkreter Handlungsbedarf?

Interpellation (26.4321) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).

Eingereicht am 29. September 2026.



Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung: Querschnittsfunktion statt Nischenangebot.

Interpellation (26.4307) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).

Eingereicht am 29. September 2026.



Patente des ETH-Bereichs: Bestand und Verwertung.

Interpellation (26.4285) von Nationalrat Islam Alijaj (SP).
Eingereicht am 28. September 2026.



Forschungsplatz Schweiz stärken: Optimale Rahmenbedingungen für klinische Forschung mit Microdosing-Studien schaffen.

Motion (26.4204) von Nationalrat Thomas Rechsteiner (Mitte).
Eingereicht am 22. September 2026.



Quantentechnologien: Für eine nationale Strategie zur Zukunftsvorsorge.

Postulat (26.4192) von Nationalrat Damien Cottier (FDP).
Eingereicht am 21. September 2026.



Wissenschaft mit Schlagseite: Finanziert der Bund Parteigutachten mit?

Interpellation (26.4182) von Nationalrat Christian Imark (SVP).
Eingereicht am 17. September 2026.



Lese- und Schreibkompetenz im digitalen Lernumfeld systematisch erfassen.

Motion (26.4119) von Nationalrat Christian Imark (SVP).
Eingereicht am 15. September 2026.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.

Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

6. Oktober 2026